

Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel

Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission

Jean-Claude Juncker

Kandidat für das Amt des
Präsidenten der Europäischen Kommission

Straßburg, 15. Juli 2014

Jean-Claude Juncker

Kandidat für das Amt des
Präsidenten der Europäischen Kommission

**Ein neuer Start für Europa:
Meine Agenda für Jobs,
Wachstum, Fairness
und demokratischen Wandel**

Politische Leitlinien
für die nächste Europäische Kommission

Straßburg, 15. Juli 2014

Europa hat in den letzten Jahren die schlimmste Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt. Die EU-Organe und die nationalen Regierungen mussten beispiellose Maßnahmen ergreifen, um die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten zu stabilisieren, die Staatshaushalte zu konsolidieren und zu verhindern, dass die Errungenschaften von Jahrzehnten europäischer Integration zunichte gemacht werden. Das Schlimmste konnte verhindert werden. Der Binnenmarkt und die Integrität des Euro-Währungsraums konnten gewahrt werden. Langsam, aber stetig gewinnt Europa wirtschaftlich wieder an Fahrt und an Vertrauen.

Die Krise hat jedoch ihre Spuren hinterlassen. Mehr als 6 Millionen Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren und die Jugendarbeitslosigkeit hat Höchststände erreicht. Einige Mitgliedstaaten haben noch einen langen Weg vor sich, bevor sie ein nachhaltiges Wachstum und ein angemessenes Investitionsniveau erreicht haben werden. In vielen Ländern ist das Vertrauen in das Europäische Projekt so gering wie nie zuvor.

Die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise können mit der Reparatur eines brennenden Flugzeugs während des Flugs verglichen werden. Sie waren insgesamt erfolgreich. Es sind aber auch Fehler unterlaufen. Die soziale Fairness kam zu kurz. Die demokratische Legitimität litt, da viele Instrumente außerhalb des Rechtsrahmens der Europäischen Union geschaffen werden mussten. Nachdem über mehrere Jahre das Krisenmanagement im Vordergrund gestanden hat, sieht sich Europa heute oft nur unzureichend für globale Herausforderungen vorbereitet, ob auf das digitale Zeitalter, den Wettlauf um Innovation und Know-how, den Mangel an natürlichen Ressourcen, die Sicherheit unserer Lebensmittel, die Auswirkungen des Klimawandels, die Alterung der Gesellschaft oder auch das Leiden und die Armut an den Außengrenzen der Europäischen Union.

Mit der neuen Legislaturperiode, die nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 beginnt, ist die Zeit gekommen, neue Wege zu beschreiten.

Als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission betrachte ich es als meine wichtigste Aufgabe, die Kluften, die während der Krise in Europa entstanden sind, zu überwinden. Es gilt, das Vertrauen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Im Mittelpunkt unserer Politik müssen die zentralen Herausforderungen für unsere Volkswirtschaften und unsere Gesellschaften stehen. Und wir müssen die demokratische Legitimität auf der Grundlage der Gemeinschaftsmethode stärken.

Der Europäische Rat hat mich am 27. Juni 2014 als Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission vorgeschlagen, nachdem ich im Vorfeld zu den Wahlen für das Europäische Parlament als Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei für dieses Amt Wahlkampf geführt habe – so wie Martin Schulz für die Partei der Europäischen Sozialdemokraten, Guy Verhofstadt für die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa und die Europäische Demokratische Partei, Ska Keller und José Bové für die Europäische Grüne Partei und Alexis Tsipras für die

Partei der Europäischen Linke. Damit hat der Europäische Rat den Ergebnissen der Wahlen zum Europäischen Parlament – in denen meine Partei die meisten Sitze gewonnen hat – Rechnung getragen, nachdem er entsprechende Konsultationen mit Vertretern des Europäischen Parlaments durchgeführt hatte.

Erstmals ist so eine direkte Beziehung zwischen den Ergebnissen einer Europawahl und dem Vorschlag des Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission hergestellt worden. Das Europäische Parlament hatte dies seit mehreren Jahrzehnten immer wieder gefordert. Damit besteht die Möglichkeit, dem europäischen Beschlussfassungsprozess das sehr notwendige Maß an demokratischer Legitimität zu verleihen, so wie es den Regeln und Gepflogenheiten einer parlamentarischen Demokratie entspricht. Dies bietet zugleich eine einmalige Chance für einen Neuanfang.

Nach den Auseinandersetzungen im Wahlkampf sollten wir jetzt zusammenarbeiten. Trotz aller Differenzen liegen unsere Standpunkte nicht so weit voneinander entfernt, wenn es um die Probleme geht, die vorrangig auf europäischer Ebene anzugehen sind. Ich möchte mit Ihnen allen zusammenarbeiten, um in allen EU-Organen einen breiten Konsens darüber zu schaffen, was wir für unsere europäischen Bürgerinnen und Bürger erreichen wollen. Und dann gemeinsam mit Ihnen auf Worte Taten folgen lassen.

Deshalb schlage ich auf der Grundlage meines Meinungsaustausches mit allen politischen Fraktionen des neu gewählten Europäischen Parlaments vor, den für die Europäische Union eingeschlagenen Weg auf der Grundlage meiner **Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel** fortzusetzen. Diese Agenda konzentriert sich auf die Bereiche, in denen die Europäische Union wirklich etwas bewegen kann.

Im Fokus meiner Agenda stehen **zehn Politikbereiche**. Dabei geht es mir an allererster Stelle um konkrete Ergebnisse in diesen zehn Bereichen. Andere politische Bereiche möchte ich den Mitgliedstaaten überlassen, sofern diese über eine stärkere Legitimitätsgrundlage und die besseren Ressourcen verfügen, um – ganz im Sinne der Grundsätze von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit – auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene wirksame politische Maßnahmen zu ergreifen. **Ich wünsche mir eine Europäische Union, die in großen Fragen Größe und Ehrgeiz zeigt und sich in kleinen Fragen durch Zurückhaltung und Bescheidenheit auszeichnet.**

Lassen Sie mich nun näher auf die zehn politischen Schlüsselbereiche meiner Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel eingehen.

1. Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen

Meine erste Priorität als Kommissionspräsident gilt der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Belegung der Investitionstätigkeit in Europa, um auf diese Weise neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mein Ziel ist es, innerhalb der ersten drei Monate meines Mandats im Rahmen der Überprüfung der Europa-2020-Strategie **ein ehrgeiziges Paket zur Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen** zu schnüren.

Ich glaube nicht, dass wir auf der Grundlage ständig wachsender Schuldenberge nachhaltiges Wachstum schaffen können – dies ist eine Lehre, die wir aus der Krise gezogen haben und die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Natürlich weiß ich auch sehr gut, dass es nicht die Regierungen oder die EU-Organe, sondern vor allem Unternehmen sind, die Arbeitsplätze schaffen. Ich bin allerdings der festen Überzeugung, dass wir den gemeinsamen EU-Haushalt und die Europäische Investitionsbank (EIB) viel besser einsetzen könnten. Diese auf Unionsebene verfügbaren öffentlichen Mittel gilt es zu nutzen, wenn wir private Investitionen in die Realwirtschaft fördern wollen. Dabei brauchen wir vor allem intelligentere Investitionen, mehr Zielgerichtetheit, weniger Regulierung und mehr Flexibilität. Auf diese Weise dürften wir meiner Meinung nach in der Lage sein, **in den nächsten drei Jahren bis zu 300 Mrd. EUR an zusätzlichen öffentlichen und privaten Investitionen für die Realwirtschaft zu mobilisieren.**

Damit wir dies erreichen können, muss das Investitionsumfeld verbessert und für eine stärkere Inanspruchnahme der Mittel gesorgt werden. Die Vorbereitung von Vorhaben durch die EIB und die Kommission sollte intensiviert und ausgeweitet werden. Es muss nach neuen, nachhaltigen und arbeitsplatzschaffenden Vorhaben gesucht werden, die dazu beitragen können, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu kräftigen. Damit konkrete Vorhaben auch wirklich in die Tat umgesetzt werden, müssen wirksamere Finanzierungsinstrumente entwickelt werden. Hierzu zählen auch Kredite und Garantien mit größerer Risikokapazität. Darüber hinaus sollten wir eine weitere Kapitalerhöhung für die EIB in Betracht ziehen.

Diese zusätzlichen Investitionen sollten vorrangig in **Infrastrukturmaßnahmen (insbesondere Breitband- und Energienetze und Verkehrsinfrastruktur in Industriegebieten), in die Bildung, Forschung und Innovation und in die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz fließen.** Vor allem aber muss in großem Maßstab in Maßnahmen investiert werden, die angemessene Arbeitsplätze für die junge Generation schaffen, und zwar zusätzlich zu den bereits ergriffenen Maßnahmen im Rahmen der **Jugendgarantie**, die rascher umgesetzt und nach und nach ausgeweitet werden muss.

Die für Ende 2016 angesetzte **Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens** sollte genutzt werden, um den EU-Haushalt noch stärker auf Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auszurichten.

Bei der Verwendung nationaler Mittel für Wachstum und Investitionen muss – wie vom Europäischen Rat auf der Tagung vom 27. Juni 2014 erneut unterstrichen – der **Stabilitäts- und Wachstumspakt** eingehalten werden. Gleichzeitig gilt es, die Flexibilität, die in den geltenden Bestimmungen des 2005 und 2011 reformierten Paktes vorgesehen ist, so gut wie möglich zu nutzen. Zu diesem Aspekt werde ich in Verbindung mit meinem ehrgeizigen Paket zur Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen konkrete Leitlinien vorlegen.

Europa wird nur dann Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen hervorbringen können, **wenn wir für die richtigen rechtlichen Rahmenbedingungen sorgen und ein Klima schaffen, das unternehmensfreundlich und neuen Arbeitsplätzen zuträglich ist.** Wir dürfen Innovation und Wettbewerbsfähigkeit – insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) – nicht durch allzu präskriptive und

zu detaillierte Verordnungen behindern. KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Dort entstehen mehr als 85 % aller neuen Arbeitsplätze in Europa. Wir müssen sie von übermäßigem Verwaltungsaufwand entlasten. Deshalb möchte ich in der neuen Kommission die Verantwortung für eine bessere Rechtsetzung einem der Vizepräsidenten übertragen. Dieser sollte das Mandat erhalten, gemeinsam mit Parlament und Rat zu ermitteln, in welchen Bereichen sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene in Verbindung mit meinem Paket zur Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen ein schneller Bürokratieabbau möglich ist.

2. Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt

Ich bin der Überzeugung, dass wir die herausragenden Möglichkeiten der digitalen und keine Grenzen kennenden Technologien viel besser nutzen müssen. Hierfür brauchen wir allerdings den Mut, die bestehenden nationalen Silostrukturen in den Telekommunikationsvorschriften, im Urheberrechts- und Datenschutzrecht, bei der Verwaltung von Funkfrequenzen und in der Anwendung des Wettbewerbsrechts aufzubrechen.

Wenn uns dies gelingt, dann könnten wir dafür sorgen, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger bald in ganz Europa ihre Mobiltelefone benutzen können, ohne zusätzliche Roaminggebühren bezahlen zu müssen. Wir könnten sicherstellen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher – unabhängig davon, wo sie sich gerade in Europa befinden und ungeachtet jeglicher Grenzen – jederzeit auf ihren elektronischen Geräten Zugang zu Diensten, Musik, Filmen oder Sportveranstaltungen haben. Wir könnten faire Wettbewerbsbedingungen schaffen, so dass für alle Unternehmen, die ihre Waren und Dienstleistungen in der Europäischen Union anbieten, dieselben Daten- und Verbraucherschutzbestimmungen gelten – und zwar unabhängig davon, wo sich ihr Server befindet. **Durch die Schaffung eines vernetzten digitalen Binnenmarkts könnten wir während der Amtszeit der neuen Kommission ein zusätzliches Wachstum von bis zu 250 Mrd. EUR erzielen;** dies bedeutet hunderttausende neuer Jobs, insbesondere für junge Arbeitsuchende, und eine lebendige und aktive Wissensgesellschaft.

Damit wir dies erreichen, werde ich in den ersten sechs Monaten meines Mandats **ehrgeizige gesetzgeberische Schritte zur Verwirklichung eines solchen vernetzten digitalen Binnenmarkts** einleiten. Hierzu zählen insbesondere der rasche Abschluss der Verhandlungen über gemeinsame europäische Datenschutzbestimmungen, mehr Ehrgeiz bei der laufenden Reform unserer Telekommunikationsvorschriften, die Modernisierung des Urheberrechts unter Berücksichtigung der digitalen Revolution und des damit geänderten Verbraucherverhaltens sowie die Modernisierung und Vereinfachung des Verbraucherschutzvorschriften beim Online-Kauf und beim Kauf digitaler Produkte. Dies sollte einhergehen mit entsprechenden Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Kompetenz und des digitalen Lernens in der Gesellschaft und zur Vereinfachung der Gründung innovativer Start-up-Unternehmen. Die Förderung einer stärkeren Inanspruchnahme der digitalen Technologie und die Online-Dienste sollte eine Querschnittsaufgabe werden, die sich auf alle Bereiche der Wirtschaft und des öffentlichen Sektors erstreckt.

3. Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik

Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen haben uns vor Augen geführt, dass Europa zu sehr von Erdöl- und Erdgaseinfuhren abhängig ist. Deshalb möchte ich die Energiepolitik Europas reformieren und neu strukturieren und eine **neue europäische Energieunion** schaffen. Wir müssen unsere Ressourcen bündeln, unsere Infrastrukturen kombinieren und unsere Verhandlungsmacht gegenüber Drittländern stärken. Wir müssen unsere Energiequellen diversifizieren und die hohe Energieabhängigkeit einiger Mitgliedstaaten abbauen.

Ich möchte den europäischen Energiemarkt für unsere Nachbarn offenhalten. Wenn jedoch der Preis für Energie aus dem Osten – ob in politischer oder wirtschaftlicher Hinsicht – zu hoch werden sollte, muss Europa in der Lage sein, rasch zu anderen Versorgungsquellen zu wechseln. Wir müssen, falls erforderlich, in der Lage sein, Energielieferströme umzukehren.

Ferner müssen wir den Anteil erneuerbarer Energie am Energiemix auf unserem Kontinent erhöhen. Dies ist nicht nur eine Frage verantwortlicher Klimaschutzpolitik, sondern auch industriepolitisch unumgänglich, wenn Energie auch mittelfristig erschwinglich sein soll. Ich glaube fest an das Potenzial ökologischen Wachstums. **Deshalb möchte ich, dass die Energieunion Europas weltweit die Nummer eins bei den erneuerbaren Energien wird.**

Außerdem möchte ich erreichen, dass wir erheblich über das 2020-Ziel für Energieeffizienz – insbesondere bei Gebäuden – hinausgehen. Ich setze mich diesbezüglich für eine ehrgeizige verbindliche Zielsetzung ein, mit der wir auf dem derzeitigen Weg zur Energieeffizienz weiter vorankommen. Ich möchte, dass die Europäische Union sowohl im Vorfeld zu dem Treffen der Vereinten Nationen in Paris als auch darüber hinaus eine führende Rolle im Kampf gegen die Erderwärmung einnimmt, im Einklang mit dem Ziel, jeglichen Temperaturanstieg auf 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Dies sind wir den künftigen Generationen schuldig.

4. Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis

In Zeiten zunehmender Globalisierung ist der Binnenmarkt Europas größter Trumpf. Deshalb soll die nächste Kommission nach meinem Willen auf die Stärke unseres Binnenmarkts bauen und sein Potenzial in allen Richtungen ausschöpfen. Wir müssen den Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen vollenden und ihn zu einem Sprungbrett machen, von dem aus unsere Unternehmen und unsere Industrie in der Weltwirtschaft, auch bei Agrarprodukten, florieren können.

Ich bin fest überzeugt, dass wir eine starke und leistungsfähige industrielle Basis für unseren Binnenmarkt erhalten und diese noch stärken müssen. Denn zu glauben, dass man das Wachstum in Europa allein auf Dienstleistungen gründen kann, wäre naiv. **Wir müssen den Anteil der Industrie am BIP der EU, der heute nur knapp 16 % beträgt, bis 2020 wieder auf 20 % steigern.** Dies sollte sicherstellen, dass Europa seine weltweite Spitzenposition in strategischen Sektoren mit hochwertigen Arbeitsplätzen – etwa in der Automobil- und Luftfahrtindustrie, im Maschinenbau, in

der Raumfahrt, in der Chemiebranche und in der pharmazeutischen Industrie – behaupten kann. Hierzu müssen wir die Investitionen in neue Technologien stimulieren, die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern, den Markt- und Finanzierungszugang insbesondere für KMU erleichtern und sicherstellen, dass unsere Arbeitskräfte über die Qualifikationen verfügen, die die Industrie braucht.

Eine Priorität bleibt die endgültige Behebung der Probleme unseres Bankensektors, verbunden mit der Ankurbelung privater Investitionen. Ich war und bin überzeugter Befürworter einer **strengerer Kontrolle der Banken** durch einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus und einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus mit einem einheitlichen Abwicklungsfonds, der schrittweise aufgebaut wird. Meine Kommission wird aktiv dafür sorgen und streng darüber wachen, dass die neuen Aufsichts- und Abwicklungsregeln vollständig umgesetzt werden, damit die europäischen Banken robuster werden und sich wieder der Kreditversorgung der Realwirtschaft zuwenden können.

Mit der Zeit, so glaube ich, sollten wir die neuen europäischen Bankenregeln durch eine **Kapitalmarktunion** vervollständigen. Um die Finanzierung unserer Wirtschaft zu verbessern, sollten wir die Entwicklung und Integration der Kapitalmärkte weiter vorantreiben. Dies würde die Kapitalbeschaffung insbesondere für KMU verbilligen und unsere sehr hohe Abhängigkeit von der Bankenfinanzierung verringern helfen. Dadurch würde Europa auch als Investitionsstandort attraktiver.

Die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zählt seit jeher zu den wichtigsten Säulen des Binnenmarkts; für sie werde ich nachdrücklich eintreten, zugleich aber auch den nationalen Behörden das Recht zugestehen, gegen Missbrauch und Leistungsbetrug vorzugehen. Ich glaube, dass wir die Freizügigkeit nicht als Bedrohung, sondern als wirtschaftliche Chance begreifen müssen. Daher sollten wir die **Arbeitskräftemobilität** fördern, insbesondere in Bereichen, in denen Stellen länger unbesetzt bleiben und Fachkräfte fehlen. Zugleich werde ich dafür Sorge tragen, dass die **Entsenderichtlinie** streng umgesetzt wird, und ich werde eine gezielte Überprüfung dieser Richtlinie auf den Weg bringen, um sicherzustellen, dass Sozialdumping in der Europäischen Union keinen Platz hat. **In unserer Union sollte gleiche Arbeit am gleichen Ort gleich vergütet werden.**

Wir brauchen mehr Fairness in unserem Binnenmarkt. Während wir die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für ihre Steuersysteme anerkennen, sollten wir unsere Anstrengungen im **Kampf gegen Steuerumgehung und Steuerbetrug verstärken**, damit alle ihren gerechten Teil beitragen. Ich werde insbesondere die Verwaltungszusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden vorantreiben und mich auf EU-Ebene für die Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage und einer Finanztransaktionssteuer einsetzen. Die vorgeschlagenen verschärften **Geldwäschevorschriften** der Union sollten zügig verabschiedet werden und inhaltlich ambitioniert sein, insbesondere was die Identifizierung wirtschaftlicher Eigentümer und die Sorgfaltspflichten gegenüber Kundinnen und Kunden angeht.

5. Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion

In den nächsten fünf Jahren möchte ich die Reform unserer Wirtschafts- und Währungsunion weiterführen, um unsere einheitliche Währung stabil zu halten und die Konvergenz der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der an der einheitlichen Währung teilnehmenden Mitgliedstaaten zu erhöhen. Dabei werde ich mich auf die „Berichte der vier Präsidenten“ und das Konzept der Kommission für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion stützen und die soziale Dimension Europas nie aus den Augen verlieren.

Die Krise gewährt uns derzeit nur eine Atempause. Diese Pause müssen wir nutzen, um die beispiellosen Maßnahmen, die wir während der Krise ergriffen haben, zu konsolidieren und zu ergänzen, zu vereinfachen und sozial stärker zu legitimieren. Die Stabilität unserer einheitlichen Währung und die Solidität der öffentlichen Finanzen sind mir ebenso wichtig wie soziale Fairness bei der Umsetzung der nötigen Strukturreformen.

Im ersten Jahr meiner Amtszeit möchte ich **legislative und nicht-legislative Initiativen zur Vertiefung unserer Wirtschafts- und Währungsunion** auf den Weg bringen. Dazu gehören eine stabilitätsorientierte Überprüfung der „Sixpack“- und der „Twopack“-Gesetzgebung (wie sie in diesen Regelungen vorgesehen ist), Vorschläge zur Förderung weiterer Strukturreformen, wenn nötig durch zusätzliche Finanzanreize und eine zielgerichtete Fiskalkapazität auf Euroraumebene, sowie ein Vorschlag für eine effizientere Außenvertretung unserer Wirtschafts- und Währungsunion.

Auf mittlere Sicht müssen wir die Art und Weise, wie wir in Schwierigkeiten geratenen Euroländern bedingte Stabilitätshilfen zukommen lassen, nach meiner Überzeugung neu austarieren. In Zukunft sollte es uns gelingen, die „Troika“ durch eine Struktur mit stärkerer demokratischer Legitimation und Rechenschaftspflicht zu ersetzen, die um die europäischen Institutionen herum angesiedelt ist, mit verstärkter parlamentarischer Kontrolle sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Außerdem schlage ich vor, dass bei Hilfs- und Reformprogrammen künftig nicht mehr nur die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auf den Prüfstand gestellt, sondern auch eine **soziale Folgenabschätzung** durchgeführt wird. Über die sozialen Auswirkungen von Strukturreformen muss öffentlich diskutiert werden und der Kampf gegen die Armut muss eine Priorität sein. Ich bin überzeugter Anhänger der *sozialen* Marktwirtschaft. Dass in einer Krise Reeder und Spekulanten noch reicher werden, während Rentnerinnen und Rentner nicht mehr über die Runden kommen, ist mit der sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar.

6. Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten

Unter meiner Präsidentschaft wird die Kommission im Geiste der Gegenseitigkeit sowie des wechselseitigen Nutzens und der beiderseitigen Transparenz ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten aushandeln. Dass Europäer und Amerikaner im 21. Jahrhundert noch immer **Zölle** auf die Produkte des jeweils anderen erheben, ist ein Anachronismus. Sie sollten

zügig und vollständig abgeschafft werden. Nach meiner Überzeugung können wir auch noch einen erheblichen Schritt weitergehen, um unsere **Produktnormen** gegenseitig anzuerkennen oder auf transatlantische Normen hinzuarbeiten.

Allerdings werde ich als Kommissionspräsident auch unmissverständlich klarstellen, **dass ich nicht bereit bin, europäische Standards im Bereich Sicherheit, Gesundheit, Soziales, Datenschutz oder unsere kulturelle Vielfalt auf dem Altar des Freihandels zu opfern.** Insbesondere die Sicherheit unserer Lebensmittel und der Schutz personenbezogener Daten der EU-Bürgerinnen und -Bürger sind für mich als Kommissionspräsident nicht verhandelbar. Ebenso wenig werde ich akzeptieren, dass die Rechtsprechung der Gerichte in den EU-Mitgliedstaaten durch Sonderregelungen für Investorenklagen eingeschränkt wird. Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz müssen auch in diesem Kontext gelten.

In allen Phasen der Verhandlungen werde ich auf **mehr Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und dem Europäischen Parlament** bestehen, das gemäß den EU-Verträgen beim Abschluss des Abkommens das letzte Wort hat.

7. Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte

Unsere Europäische Union ist mehr als nur ein großer gemeinsamer Markt. Sie ist auch **eine Union gemeinsamer Werte**, die in den Verträgen und in der Charta der Grundrechte niedergelegt sind. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihren Regierungen, dass sie Recht, Schutz und Gerechtigkeit gewährleisten und dass die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit uneingeschränkt geachtet werden. Dies erfordert auch ein gemeinsames europäisches Handeln auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte.

Ich habe die Absicht, die Vorrechte der Kommission dazu zu nutzen, unsere gemeinsamen Werte, die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte innerhalb unseres Zuständigkeitsbereichs zu bewahren, wobei ich gleichzeitig der Vielfalt der verfassungsrechtlichen und kulturellen Traditionen der 28 Mitgliedstaaten gebührend Rechnung tragen werde. Ich werde **einem Kommissionsmitglied die spezielle Zuständigkeit für die Grundrechtecharta und die Rechtsstaatlichkeit übertragen.** Dieses Kommissionsmitglied wird auch die Aufgabe haben, **den Beitritt der Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention** zum Abschluss zu bringen, zu dem uns der EU-Vertrag verpflichtet.

Diskriminierung, sei es aus Gründen der Staatsangehörigkeit, des Geschlechts, der Rasse oder der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung oder der Zugehörigkeit zu einer Minderheit, darf in unserer Union keinen Platz haben. Daher werde ich den Vorschlag für eine Richtlinie in diesem Bereich aufrechterhalten und die nationalen Regierungen zur Aufgabe ihres derzeitigen Widerstands im Rat zu bewegen versuchen.

Dem Grundrecht auf **Datenschutz** kommt im digitalen Zeitalter besondere Bedeutung zu. Neben dem zügigen Abschluss der Gesetzgebungsarbeiten an gemeinsamen Datenschutzregeln innerhalb der Europäischen Union müssen wir

auch in unseren Außenbeziehungen auf dieses Recht pochen. Angesichts der jüngst offenbarten Massenüberwachung müssen uns enge Partner wie die Vereinigten Staaten erst wieder davon überzeugen, dass die aktuelle Safe-Harbour-Vereinbarung wirklich sicher ist, wenn sie weiter Bestand haben soll. Die Vereinigten Staaten müssen auch garantieren, dass alle EU-Bürgerinnen und -Bürger das Recht haben, ihre Datenschutzrechte bei US-Gerichten einzuklagen, und zwar unabhängig davon, ob sie auf amerikanischem Boden wohnen. Dies ist unerlässlich, damit in den transatlantischen Beziehungen wieder Vertrauen entstehen kann.

Die Bekämpfung von grenzübergreifender Kriminalität und Terrorismus ist eine gemeinsame europäische Aufgabe. Wir müssen hart gegen organisierte Kriminalität wie Menschenhandel, Schleuserkriminalität und Cyberkriminalität vorgehen. Wir müssen die Korruption anpacken und Terrorismus und Radikalisierung unter Achtung der Grundrechte und -werte, einschließlich der Verfahrensrechte und des Schutzes personenbezogener Daten, bekämpfen.

Da die Bürgerinnen und Bürger in der Union zunehmend über Ländergrenzen hinweg lernen, arbeiten, Geschäfte tätigen, heiraten und Kinder haben, **muss die justizielle Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten** Schritt für Schritt verbessert werden: indem Brücken zwischen den verschiedenen Rechtssystemen geschlagen werden, indem gemeinsame Instrumente wie Eurojust verstärkt werden, indem bei neuen Instrumenten wie der Europäischen Staatsanwaltschaft, die gegen kriminellen Betrug zu Schaden des EU-Haushalts vorgehen soll, Fortschritte erzielt werden und indem Gerichtsurteile gegenseitig anerkannt werden, damit Bürgerinnen und Bürger ebenso wie Unternehmen ihre Rechte in der Union leichter wahrnehmen können.

8. Hin zu einer neuen Migrationspolitik

Die jüngsten furchtbaren Vorfälle im Mittelmeer haben uns gezeigt, dass Europa seinen Umgang mit der Migration in jeder Hinsicht verbessern muss. Dies ist zu allererst ein Gebot der Menschlichkeit. Nach meiner Überzeugung müssen wir **im Geiste der Solidarität** eng zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass sich Vorfälle wie in Lampedusa niemals mehr wiederholen können.

Auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte müssen wir Bedürftige durch eine starke **gemeinsame Asylpolitik** schützen. Das unlängst vereinbarte gemeinsame Asylrecht muss vollständig umgesetzt und Divergenzen in der nationalen Umsetzung müssen ausgeräumt werden. Ich werde auch prüfen, ob das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen eingesetzt werden kann, um Drittländern und Behörden von Mitgliedstaaten beim Umgang mit Flüchtlingen und Asylanträgen in Notsituationen zu helfen, in besonders betroffenen Ländern gegebenenfalls auch vor Ort.

Ich möchte **eine neue europäische Politik der legalen Zuwanderung** voranbringen. Eine solche Politik könnte uns helfen, den Fachkräftemangel in bestimmten Bereichen zu beheben und Talente anzuwerben, um die demographischen Herausforderungen in der Europäischen Union besser zu bewältigen. Ich will, dass Europa für Zuwanderer mindestens genauso attraktiv wird wie Australien, Kanada und die Vereinigten Staaten. Als erstes werde ich mich einer

Überprüfung der „Blue Card“-Richtlinie und ihrer Umsetzung widmen, deren bisheriger Stand kaum zufriedenstellen kann.

Außerdem meine ich, dass wir energischer gegen **irreguläre Migration** vorgehen müssen, insbesondere durch bessere Zusammenarbeit mit Drittländern, auch bei der Rückübernahme.

Ich werde **einem Kommissionsmitglied die spezielle Zuständigkeit für Migration** übertragen, wobei mit allen Mitgliedstaaten und mit den am stärksten betroffenen Drittländern zusammengearbeitet werden soll.

Nicht zuletzt müssen wir **die Außengrenzen Europas sichern**. Unsere gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik wird nur funktionieren, wenn es uns gelingt, einen unkontrollierten Zustrom illegaler Einwanderer zu unterbinden. Daher müssen wir die operativen Kapazitäten der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex ausbauen. Eine Mittelausstattung von 90 Millionen EUR im Jahr wird der Aufgabe, die gemeinsame EU-Außengrenze zu schützen, ganz gewiss nicht gerecht. Wir müssen im Kreis der Mitgliedstaaten mehr Ressourcen mobilisieren, damit wir die Arbeit von Frontex verstärken und bei gemeinsamen Frontex-Operationen und Soforteinsätzen Europäische Grenzschutzteams aktivieren können. Dies ist die gemeinsame Verantwortung aller EU-Mitgliedstaaten, im Norden wie im Süden, der man sich solidarisch stellen muss.

Außerdem müssen wir unsere neuen gemeinsamen europäischen Regeln zur strafrechtlichen Verfolgung von **Menschenhändlern** anwenden und rigoros durchsetzen. Kriminellen, die aus der Notlage oder Verfolgung von Menschen Kapital schlagen, sei gesagt: Europa ist auf der Hut und wird sie in jedem Fall vor Gericht stellen.

9. Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne

In der Außenpolitik brauchen wir ein stärkeres Europa. Die Ukraine-Krise und die besorgniserregende Lage im Nahen Osten zeigen, wie wichtig es ist, dass Europa nach außen hin zusammensteht. Es bleibt jedoch noch viel zu tun.

Nach meiner Überzeugung können wir uns mit nicht damit zufriedengeben, wie unsere gemeinsame Außenpolitik bislang funktioniert. Wir brauchen bessere Mechanismen, um Ereignisse frühzeitig zu erkennen und um schnell gemeinsam reagieren zu können. Wir müssen die Instrumente für das auswärtige Handeln Europas wirksamer bündeln. Die Handelspolitik, die Entwicklungspolitik, unsere Beteiligung an internationalen Finanzinstitutionen und unsere Nachbarschaftspolitik müssen nach ein und derselben Logik kombiniert und aktiviert werden.

Der nächste **Hohe Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik Europas** muss ein starker, erfahrener Akteur sein, der nationale und europäische Instrumente sowie alle der Kommission zur Verfügung stehenden Instrumente wirksamer kombiniert, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Er oder sie muss gemeinsam mit den europäischen Kommissaren für Handel, Entwicklung und humanitäre Hilfe sowie Nachbarschaftspolitik agieren. Dazu muss der Hohe Vertreter stärker als bisher seine Rolle im Kommissionskollegium wahrnehmen. Damit dies gelingt, beabsichtige ich, andere für Außenbeziehungen zuständige Kommissionsmitglieder mit der

Stellvertretung für den Hohen Vertreter sowohl bei der Arbeit im Kollegium als auch auf der internationalen Bühne zu betrauen.

Auch in der **Sicherheits- und Verteidigungspolitik** müssen wir nach meiner Überzeugung an einem stärkeren Europa arbeiten. Natürlich, Europa ist in erster Linie eine Soft Power. Aber auch die stärkste Soft Power kann langfristig nicht ohne ein Mindestmaß an integrierten Verteidigungskapazitäten auskommen. Im Vertrag von Lissabon ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten, die dies möchten, ihre Verteidigungsfähigkeiten in Form einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit bündeln können. Mitgliedstaaten, die dies wollen, können sich bei Bedarf an gemeinsamen EU-Missionen in Krisengebieten beteiligen, was in Mali oder Südsudan von Anfang an notwendig gewesen wäre. Die Mitgliedstaaten sollten auch mehr Synergien bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern erzielen. In Zeiten knapper Kassen müssen wir unsere Ambitionen und Mittel miteinander in Einklang bringen und doppelte Programme vermeiden. Heute werden immer noch mehr als 80 % der Investitionen in Verteidigungsausrüstung in der EU auf nationaler Ebene getätigt. Mehr Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Verteidigungsgütern ist daher das Gebot der Stunde, und sei es auch nur aus finanziellen Gründen.

Die **Erweiterung** war – das erkenne ich voll und ganz an – ein historischer Erfolg, der unserem Kontinent Frieden und Stabilität gebracht hat. Die Union und ihre Bürgerinnen und Bürger müssen nun jedoch den Beitritt von 13 Staaten in den letzten zehn Jahren erst einmal verdauen. Die EU muss bei der Erweiterung eine Pause einlegen, damit wir konsolidieren können, was die 28 Mitgliedstaaten erreicht haben. Unter meiner Präsidentschaft der Kommission werden deshalb die laufenden Verhandlungen fortgeführt, da insbesondere die westlichen Balkanstaaten weiter eine europäische Perspektive brauchen, **es wird aber in den nächsten fünf Jahren keine Erweiterung mehr geben**. Die enge Zusammenarbeit, Assoziierung und Partnerschaft mit östlichen Nachbarn wie Moldau oder der Ukraine müssen wir ausbauen, um unsere wirtschaftlichen und politischen Bindungen weiter zu festigen.

10. Eine Union des demokratischen Wandels

Dass der Präsident der Europäischen Kommission unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Wahlen zum Europäischen Parlament vorgeschlagen und gewählt wird, ist zwar wichtig, stellt jedoch nur einen ersten Schritt hin zu einem insgesamt demokratischeren Europa dar. Eine von mir geführte Europäische Kommission würde sich dafür einsetzen, die mit der Rahmenvereinbarung von 2010 begründete besondere Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament mit neuem Leben zu erfüllen. **Ich will mit Ihnen keinen technokratischen, sondern einen politischen Dialog führen**. Ich beabsichtige, zu wichtigen Trilogverhandlungen immer politische Vertreter zu entsenden und erwarte dies auch vom Rat.

Ferner setze ich mich für größere **Transparenz bei Kontakten mit Interessenträgern und Lobbyisten** ein. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben das Recht zu wissen, mit wem sich Kommissare und Kommissionsbedienstete, Mitglieder des Europäischen Parlaments oder Vertreter des Rates im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens treffen. Ich werde daher dem Parlament und dem Rat eine interinstitutionelle Vereinbarung über die Einrichtung eines verbindlichen Lobby-Registers für alle drei Organe vorschlagen. Die Kommission wird dabei mit gutem Beispiel vorangehen.

Ich beabsichtige auch, die **Rechtsvorschriften für die Zulassung genetisch veränderter Organismen** zu überprüfen. Aus meiner Sicht ist es einfach nicht richtig, dass die Kommission nach den geltenden Vorschriften rechtlich gezwungen ist, die Einfuhr und Verarbeitung neuer Organismen zu genehmigen, obwohl eine klare Mehrheit der Mitgliedstaaten dagegen ist. Die Kommission sollte der Meinung der Mehrheit demokratisch gewählter Regierungen zumindest dasselbe Gewicht beimessen können wie wissenschaftlichen Gutachten, vor allem, wenn es um die Sicherheit unserer Lebensmittel und unserer Umwelt geht.

Die Beziehungen zu den **nationalen Parlamenten** sind für mich von großer Bedeutung, insbesondere bei der Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Ich werde erkunden, wie die Interaktion mit den nationalen Parlamenten als eine Möglichkeit zur Annäherung der Europäischen Union an ihre Bürgerinnen und Bürger verbessert werden kann.

* * *

Wenn ich zum Kommissionspräsidenten gewählt werde, wird meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel als Grundlage für die jährliche und mehrjährige Programmplanung der Union dienen. Dabei können wir uns auch auf die vom Europäischen Rat am 27. Juni 2014 verabschiedete „Strategische Agenda für die Union in Zeiten des Wandels“ und auf die Leitlinien stützen, die das Europäische Parlament in den kommenden Monaten festlegen wird.

Nach meiner Überzeugung muss die politische Agenda Europas in enger Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten gestaltet werden. **Die Setzung politischer Prioritäten als Grundlage für eine bessere, stärker fokussierte Union wird nur funktionieren, wenn sie in Partnerschaft zwischen den Organen der Union und den Mitgliedstaaten nach der Gemeinschaftsmethode vorgenommen wird.**

Der Präsident der Kommission hat die Aufgabe, das allgemeine europäische Interesse zu verteidigen. Dazu muss er mit allen zusammenarbeiten – unabhängig davon, ob sie zum Euroraum gehören oder nicht, ob sie das Schengener Übereinkommen unterzeichnet haben oder nicht und ob sie eine Vertiefung der Integration unterstützen oder nicht. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir als Union voranschreiten müssen. **Wir müssen nicht unbedingt alle im gleichen Tempo voranschreiten** – in den Verträgen sind entsprechende Möglichkeiten vorgesehen, und wir haben gesehen, dass wir mit unterschiedlichen Regelungen arbeiten können. Diejenigen, die weiter gehen und schneller vorankommen wollen, sollten dies tun können. Besonders wichtig ist dies für den Euroraum, wo wir die Fundamente des Euro durch Vertiefung der Integration stärken müssen. Dies sollte so geschehen, dass die Integrität des Binnenmarkts erhalten bleibt und die Rechte der Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums geschützt werden. Wie in jeder Familie treten von Zeit zu Zeit Spannungen und Meinungsverschiedenheiten auf. Ich habe während meines Wahlkampfes klargestellt, dass ich bereit bin, mir die Sorgen jedes Mitgliedstaats anzuhören und bei der Suche nach Lösungen zu helfen.

Ich möchte die Arbeit der neuen Kommission auf der Grundlage meiner Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel und der darin aufgestellten zehn Prioritäten neu ausrichten. Ich möchte die neue Kommission so organisieren, dass diesen zehn Schlüsselbereichen Rechnung getragen wird und gewährleistet ist, dass in allen Bereichen schnell und effizient Ergebnisse erzielt werden.

Ich werde alles in meiner Macht Stehende zu tun, um **bei der Auswahl des Führungspersonals der Kommission sowohl auf der politischen als auch auf der Verwaltungsebene für eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern** zu sorgen. Ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis ist kein Luxus, sondern ein politisches Muss und sollte für jeden selbstverständlich sein, auch für die führenden Politiker in allen Hauptstädten unserer Mitgliedstaaten, wenn sie ihre Vorschläge für die Ernennung der Mitglieder der nächsten Kommission unterbreiten. Dies ist an sich schon ein Test für das Engagement der Mitgliedstaaten für einen neuen, demokratischeren Ansatz in Zeiten des Wandels.

Auf der Grundlage meiner Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel und der darin aufgestellten zehn Prioritäten bewerbe ich mich heute um die Wahl durch das Europäische Parlament. Je größer die Mehrheit ist, die mich und meine Agenda heute unterstützt, desto stärker wird meine Position bei der Bildung der nächsten Kommission sein und desto effektiver werde ich mit dieser Agenda schnelle Ergebnisse erzielen können.

„Diesmal geht's um mehr“ war der Wahlkampflogan des Europäischen Parlaments. Lassen Sie uns gemeinsam zeigen, dass wir dieses Versprechen einlösen können. Dass wir zusammen in der Lage sind, Europa wirklich zu verändern und zu erneuern. Und dass wir gemeinsam daran arbeiten werden, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in das europäische Projekt wiederzugewinnen. Ich werde alles in meiner Macht Stehende tun, um meinen Beitrag dazu zu leisten.



Jean-Claude Juncker

